

# Korrepondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 8. März 1930

Nummer 20

### Bekanntmachung

#### Abstimmung über den neuen Manteltarif

Über Annahme oder Ablehnung der auf der Grundlage eines Schiedspruches des tariflichen Zentral-Schiedsrichtungsamtes vereinbarten Abänderungen des Manteltarifs haben nach § 27 der Verbandsstatuten noch die gesamten Mitglieder des Verbandes zu entscheiden. Die hierzu notwendige Urabstimmung wird hiermit auf

Montag, den 17. März d. J.

festgesetzt.

Die Stimmzettel werden den Gauvorständen rechtzeitig zugesandt. Die Zustellung an die Bezirke, Orte und an einzelstehende Mitglieder erfolgt durch die Gauvorstände.

Die Abstimmung ist geheim. Jeder Kollege hat seinen Stimmzettel in dem mitgelieferten Umschlag zu verschließen. Die Umschläge sind sofort nach der Abstimmung örtlich zu sammeln und spätestens bis zum 20. März den Gauvorständen einzuliefern. Durch die letzteren ist das gesamte Resultat ihrer Gause festzustellen und dem Verbandsvorstand am 21. März zu übermitteln.

Die neuen Tarifbestimmungen sowie die Gründe, die zu ihrer Annahme durch die Verhandlungskommission in Übereinstimmung mit dem gesamten Verbandsvorstand geführt haben, sind in dem Aufruf in Nr. 19 des „Korr.“ bekanntgegeben worden.

Es ist Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Vor der Abstimmung aber ist es notwendig, die Verhältnisse zu würdigen, unter denen die neuen Vereinbarungen zustande gekommen sind. Sachliche Überlegung wird zu keiner andern Entscheidung führen können, als die durch die Organisationsleitung und die Verhandlungskommission getroffen wurde.

Berlin, 4. März 1930.

#### Der Verbandsvorstand.

### Grundlage und Ergebnis der Tarifverhandlungen

Die Vertreter der Gehilfenschaft standen bei Beginn der diesmaligen Tarifverhandlungen einer Aufgabe gegenüber, deren befriedigende Lösung im Sinne unserer Kollegenschaft nur möglich gewesen wäre, wenn auf Unternehmenseite für die tatsächliche wirtschaftliche und soziale Not unserer arbeitslosen Berufsgenossen wie für das kulturelle Problem des Arbeiterlebens überhaupt ein größeres Verständnis vorhanden sein würde. Der Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen haben jedoch bewiesen, daß in dieser Beziehung nicht nur eine große Lücke, sondern sogar ein beinahe unüberbrückbarer Abgrund die beiden Tarifparteien in den wichtigsten Punkten voneinander trennt. Das ergab sich leider schon aus der großen Gegensätzlichkeit, die in den Prinzipalsanträgen in Nr. 12 des „Korr.“ vom 8. Februar dieses Jahres zum Ausdruck kam. Wie ein roter Faden zog sich durch die gesamten Abänderungsanträge der Prinzipale die Absicht, nach Möglichkeit jedes Betriebsrisiko und alle Leerlaufkosten des Gewerbes auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, und darüber hinaus noch alle für die Arbeiterschaft günstigen Entscheidungen in der neueren Entwicklung des Arbeitsrechts durch neue tarifvertragliche Bestimmungen für die Arbeiterschaft auszuspalten bzw. wirkungslos zu machen. Da es unsern Vertretern in zähen Verhandlungen gelungen ist, alle diese angeblühn nur

im Interesse einer größeren „Wirtschaftlichkeit“ der Betriebe beabsichtigten Verschlechterungen der zukünftigen Arbeits- und Lohnverhältnisse im Buchdruckgewerbe abzuwehren und dazu noch die in voriger Nummer veröffentlichten Verbesserungen der bisherigen tariflichen Grundlagen zu erzielen, glauben wir einem tieferen Verständnis aller dieser Fragen zu dienen, wenn wir unsern diesmaligen Rückblick auf die Verhandlungen weniger in Form einer chronologischen Darstellung ihres Verlaufs als in einer deutlichen Kennzeichnung dessen, was von Unternehmenseite unsern Kollegen zugemutet wurde, und was schließlich nach dem heutigen Stand der Dinge daraus geworden ist, zusammenfassen.

Fast durchweg bezweckten die Anträge der Prinzipale eine Zurückraubung der heutigen tariflichen Rechte der Gehilfenschaft auf Zustände der Vorkriegszeit; alle seit der Staatsumwälzung erzielten wesentlichen tariflichen Errungenschaften sollten zurückrevidiert werden. Insbesondere sollte die tägliche Freizeit des Arbeiters von den frühen Morgen- bis in die späten Nachmittunden der willkürlichen Verfügung des Unternehmers ausgeliefert werden. Die Ausnützung der Arbeitskraft während der Arbeitszeit sollte unter schrankenloser und einseitiger Kontrolle des Unternehmers gestellt werden. Der übertarifliche Lohnbetrag sollte besonders künbbar gemacht werden; bei Nichtannahme seiner Kündigung durch den einzelnen Gehilfen sollte diesem die Kündigung seines ganzen Arbeitsvertrages zugesprochen werden, um ihn dadurch unter den Druck einer sicheren Sperre der Arbeitslosenunterstützung um so gefügiger für Lohnabbau zu machen. Eine untertarifliche Lohnfestsetzung für minder leistungsfähige Gehilfen sollte nicht mehr von der Zustimmung der Organisationsleitungen, sondern nur noch von der Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung in jedem einzelnen Betriebe abhängig sein. Die Abiegung der Gehilfenprüfung sollte für die Berechtigung des Anspruchs auf den Tariflohn maßgebend sein, was zur Folge hätte, daß wer die Gehilfenprüfung nicht bestanden hat, auch keinen Anspruch auf den Tariflohn haben soll. Ferner sollten Lohnansprüche aus dem Arbeitsverhältnis für jeden Gehilfen verfallen, wenn er diese nicht innerhalb 14 Tagen an zuständiger Stelle geltend macht; besonders Kriegsbeschädigte sollten von dieser „Vorsicht“ nicht ausgenommen sein. Den Korrektoren sollte im allgemeinen der bisherige Zuschlag auf den Tariflohn entzogen, dieser sollte nur noch besonderen Spezialkräften zuteil werden; außerdem sollten der Heranziehung von Korrektoren aus allen möglichen Schichten bei möglichst niedriger Bewertung akademischer Bildung nach dem schon gerichtlich verurteilten Verfahren der Firma Scherl keinerlei Grenzen mehr gezogen sein. Die Zahl der bisherigen bezahlten Feiertage sollte um drei gekürzt und die Bezahlung der noch verbleibenden Feiertage bei Ausfallsstellungen möglichst ganz beseitigt werden; auch im Krankheitsfalle innerhalb einer Lohnwoche sollte die bisherige teilweise Feiertagsbezahlung in Fortfall kommen. Die Ausschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit sollten herabgesetzt und bei Sonntagsarbeit für Montagszeitungen sollten neben der bisherigen Antrittsgebühr auch noch die Ausschläge für Sonntagsarbeit in Fortfall kommen. Bei den entschädigungspflichtigen Dienstverhinderungen sollte die Inanspruchnahme des Arztes bei plötzlichen Erkrankungen nur noch bei der ersten Inanspruchnahme als entschädigungspflichtig gelten und jeder Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes bei Erkrankungen im allgemeinen und auch noch für Schwerbeschädigte gestrichen werden; das gleiche wurde sogar bei Betriebsunfällen gefordert. Für Überstunden bei Kurzarbeit sollte bis zum Ausmaß der für den Betrieb vorher bestandenem regelmäßigen Wochenarbeitszeit keine

Überstundenentschädigung in Frage kommen. Die Ausschläge für Überstunden sollten wesentlich herabgesetzt werden. Die tägliche Arbeitszeitspanne sollte ohne Überstundenzuschlag im Rahmen der 48-Stunden-Woche beliebig für die einzelnen Wochentage „vereinbart“ werden können. Die Zeitungsbetriebe sollten von der Bezahlung nicht eingehaltener Pausen bei Überstunden befreit werden. Bei Verkürzung der Ruhepausen sollte nur noch die besondere Entschädigung von je einer Viertelstunde für jede an der Ruhepause fehlende Stunde, aber nicht mehr der Stundenlohn bezahlt werden. Der Anspruch auf Urlaub sollte in Wegfall kommen, wenn der Gehilfe innerhalb der vorgezeichneten Zeit keinen Gebrauch davon machen kann. Die Höchstzahl der Urlaubstage sollte für größere Orte von zwölf auf acht und für kleinere Orte auf sechs herabgesetzt und Krankheitswochen von der Berechnung des Urlaubsanspruchs teilweise ausgeschlossen werden. Die Zahl der Urlaubstage für Neuausgelernte in der Buchdruckerei sollte um die Hälfte gekürzt werden. Ausnahmestellungen sollten ein Wiederaufleben früherer Geschäftszugehörigkeit für einen Urlaubsanspruch ausschließen. Der Ausschlag für Maschinenseher von 20 Proz. sollte ganz gestrichen werden. Maschinenseher sollten außerdem je nach Belieben der Geschäftsleitungen im Handbath beschäftigt werden. Dienstverträge der Maschinenseher, die auf Kosten des Geschäftes als solche ausgebildet wurden, sollten um die Dauer der Ausbildungszeit, also über ein Jahr hinaus, verlängert werden. Die Mindestleistung der Maschinenseher sollte an der Monotype von 6000 auf 7000, an der Linotype und Intertype von 6000 auf 6500, an der Monoline von 5000 auf 5500, an Typograph von 4500 auf 5000 und am Typograph mit Selbstableger auf 5500 für die Stunde erhöht werden. Den Druckern sollte der Bereich ihrer Beschäftigungsmöglichkeit durch Beschränkung nur auf solche Maschinen und Druckarbeiten, die besondere Zurichtung und dauernde Aufsicht erfordern, verkürzt werden. Schulgebäude, Formenschnitzerei und Zurichtung sollte ebenfalls „andern geeigneten Personen“ übertragen werden. Dagegen sollte das Anlegen zur Pflicht für die Drucker werden, und zwar bei voller Aufrechterhaltung ihrer sachtechnischen wie privatrechtlichen Haftung. Die Zahl der von den Druckern zu bedienenden Maschinen oder Druckwerke sollte erhöht werden, insbesondere bezüglich der Rotationsmaschinen. Während Urlaubszeiten und Krankheit sollten die Drucker durch Hilfsarbeiter vertreten werden. Ferner sollte sowohl den Druckern wie den Stereotypuren in irgendeiner Form das Berechnen oder vielmehr die Akkordarbeit aufgehoben werden. Den Stereotypuren und Galvanoplastikern sollte das Formenschnitzen, Bestochen und Facettieren „abgenommen“ werden. Die Kräfteentschädigung sollte um die Hälfte herabgesetzt werden. Die nur den Gehilfen zustehende Nacharbeit sollte ebenfalls teilweise den Hilfsarbeitern zugewiesen werden. In der Verkräftungsfrage hatte man eine möglichst vollständige Ausschaltung tariflicher Bestimmungen im Auge und bezüglich der Verkräftungsordnung spekulierte man sehr stark auf ein dreieckiges Verhältnis zu den Handwerkskammern. Aus dem im Jahre 1924 umerklicht geblichen Regelung der Ortszuschläge im Kreise II (Rheinland-Westfalen) beabsichtigte man jetzt prinzipalseitig ebenfalls weit mehr einzufassen als mit gutem Gewissen noch verantwortet werden konnte. Und nebenbei hatte man für eine Umarbeitung der Berechnerspositionen sowohl im Hand- wie im Maschinensatz allerhand „Erfahrungen“ aus einer Verbilligung der Satzleistungen vorgelesen.

Alle diese Feinheiten waren in vielen Fällen weder auf den ersten noch auf den zweiten Blick aus dem Wortlaut der Prinzipalsanträge zu ersehen. Dazu

war deren Wortlaut in den meisten Fällen viel zu bescheiden. Es bedurfte während der Verhandlungen erst einer sehr zeitraubenden und gründlichen Beforschung der Fragestellung, ehe die von allerhand Betriebswissenschaftlern und Juristen gemieteten „Hornlosigkeiten“ vieler Prinzipalsanträge in ihrer vollen unsozialen und arbeiterfeindlichen Größe das Licht der Welt erblickten. Daraus erklärt es sich auch, daß zunächst mehrere Tage erforderlich waren, um zu erforschen, was die Prinzipale mit ihren Anträgen in Wirklichkeit bezweckten, während die Anträge der Gehilfsseite klar und eindeutig zum Ausdruck brachten, was damit gesagt und gefordert sein sollte. Man könnte ein dickes Buch über diese Art von Verhandlungsstatistik der Unternehmenseite schreiben. Aber es läßt sich auch in einem Satze das Urteil darüber sprechen, und zwar in dem Sinne, daß, wer so viel zu verbergen oder zu verschleiern hat, sich innerlich bewußt ist, daß er nicht im Recht ist und nur nicht den Mut hat, dies unter Verzicht auf solche Umwege auch offen zuzugeben. (Fortsetzung folgt.)

### Das streitende Kapital

Aus der bitteren Not der Erwerbslosen — drei Millionen Arbeiter und Angestellte feiern! — möchte das Unternehmertum ein gutes Geschäft machen. Die Arbeitslosigkeit soll die Begründung sein für Forderungen, die darauf hinausgehen, daß der Besitz von Steuern entlastet, die Löhne gedrückt, die Sozialversicherung eingeschränkt, die öffentliche Wirtschaft gebessert werde. Der politische und wirtschaftliche Machtzuwachs, der in Verbindung mit diesen Maßnahmen den Unternehmern zufließen würde, soll die willkommene Draufgabe darstellen. Das Vorhandensein drei Millionen Erwerbsloser soll den Beweis dafür liefern, daß es jener Maßnahmen bedürfe, wenn die Erwerbslosen in den Wirtschaftsprozess wieder eingegliedert werden sollen.

Weshalb haben wir die ungeheure Arbeitslosigkeit, die über das Vorjahr der strengen Winter die Beschäftigung stark erschwert? Die Unternehmer antworten: die Kapitalbildung ist nicht rasch genug, die Kapitalverwertung ungenügend, der Zinsfuß unerträglich hoch. Andere wollen die tieferen Ursachen der Schwierigkeiten angeben, indem sie auf die Reparationslasten und auf die angebliche Armut der deutschen Wirtschaft hinweisen. Der Staat, die öffentliche Wirtschaft, die Arbeiterklasse leben über ihre Verhältnisse; erst wenn sie auf schmale Köpfe gesetzt werden, kann die Wirtschaft einen Aufschwung nehmen, können die Arbeitslosen Beschäftigung finden. Solche Gedanken sind u. a. in der Erklärung enthalten, die kürzlich mit der Unterschrift von Wirtschaftsführern, liberalen Politikern und Professoren veröffentlicht wurde. Man redet dort von Kapitalflucht, Wegverlagerung der für die Kapitalbildung erforderlichen Kapitalüberschüsse, erblickt in der „ersten und dauernden Senkung des Zinsfußes“ die wesentliche Voraussetzung der Gesundung des Arbeitsmarktes und erwartet die Zinssenkung von einer „tiefergehenden Erleichterung der öffentlichen Lasten“. Die Erklärung fordert eine „sachliche“ Wirtschaftspolitik, ohne zu sagen, was man sich darunter vorstellen soll. Offenbar liegt ihr aber eine starke Identifizierung mit den üblichen Unternehmerforderungen zugrunde. Das ist um so mehr anzunehmen, als unter den Unterzeichnern der Erklärung sich auch bekannte Scharfmacher, darunter Reichsbankpräsident Schacht, befinden.

Es ist recht eigenartig, wie diese Herren — darunter auch einige wohlmeinende Liberale — die deutsche Wirtschaft ansehen. Die hohe Steuerlast soll jetzt das Hauptübel sein. Diese Steuerlast ist aber, wie die Unterzeichner wohl wissen, zum allergrößten Teil zwangsläufig und war auch in früheren Jahren, wo die Arbeitslosigkeit sich noch in mäßigen Grenzen hielt, nicht wesentlich geringer. Der hohe Zinsfuß als Ursache der Steigerung der Arbeitslosigkeit! — nun ist der Zinsfuß heute wesentlich niedriger als bisher. Anzureichende Kapitalverwertung: in Wirklichkeit herrscht heute eine große Geldflüssigkeit für kurzfristige Kredite, die Tore für die zur Zeit noch unzureichende Kapitalzufuhr, deren Ausbleiben für die Schwierigkeiten des Vorjahres zum großen Teil verantwortlich war, sind wieder geöffnet. Sind zwar langfristige Auslandsanleihen zunächst noch nicht in ausreichendem Umfange zu haben, so steht es doch ziemlich fest, daß ihre Einföhrungen bald möglich sein würde, falls man sie nur haben will.

Wie steht es aber um die Betrachtung, die von der Armut der deutschen Wirtschaft, hervorgerufen durch die hohe Reparationslast und andre Kriegskosten, ihren Ausgangspunkt nimmt? Um die Betrachtung, die in der Forderung gipfelt, daß aus der Produktion nicht allein der Verbrauch der Bevölkerung gedeckt, sondern darüber hinaus Überschüsse für die Erfüllung der Reparationsverpflichtung erzeugt werden müssen, in der Forderung, daß die Produktivität der deutschen Gesamtwirtschaft gesteigert werden müsse? Die Reparationslast wird nach Annahme des Youngplans gegenüber dem Dawesplan sehr erheblich niedriger sein, insbesondere in den nächstfolgenden Jahren. Für die Produktivität der Wirtschaft lese man die Untersuchung von Dr. Kurt Mendelssohn im Februarheft der Zeitschrift „Die Arbeit“. „Fünf Jahre Rationalisierung“, um eine Vorstellung davon zu haben, eine wie erstaunliche, ja noch nie dagewesene Steigerung die Produktivität

der deutschen Industriewirtschaft in den letzten fünf Jahren aufwies. Selbst nach dem amtlichen Produktionsindex bezug die Steigerung der industriellen Produktion von 1925 bis Mitte 1929 etwa 20 Proz., während die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter im gleichen Zeitraum nur um 5 Proz. zugenommen hat. In der Industrie konnte in wichtigsten Produktionszweigen eine starke Produktionssteigerung mit gleichbleibender oder kaum erhöhter Belegschaft erreicht werden; die Rationalisierungserfolge haben die Produktionskosten mehr gesenkt, als sie durch Lohn- und Steuererhöhungen erhöht wurden. Die Ausfuhr ist trotz der Hochzinsfälle des Auslandes und trotz des ungenügenden Ausbaues unseres Handelsvertragesnetzes über alle Erwartungen gestiegen. Die Überschüsse der Wirtschaft sind also da. Allerdings ist die Beteiligung der verschiedenen Industriezweige und innerhalb dieser der verschiedenen Unternehmungen an jenen Überschüssen sehr ungleichmäßig, je nachdem, ob sie monopolistisch organisiert sind oder noch in freier Konkurrenz stehen und ob sie mit Kapitalien besser oder schlechter versorgt waren. In dessen sind die Zukunftsaussichten für eine ausreichende und verbilligte Kapitalverwertung sehr günstig.

Wir können einigermaßen verstehen, daß die erwähnte Erklärung neben Wirtschaftskapitänen und ahnungslosen Naturwissenschaftlern auch von einigen Nationalökonomern von der liberalen Schule unterschrieben wurde. Die Liberalen stehen auf der Grundlage einer überlebten Wirtschaftstheorie und Staatsidee und vertreten die Forderung, der Staat möge sich Eingriffen in das Wirtschaftsleben enthalten. Starke Besteuerung, öffentliche Wirtschaft, ausgebauter Sozialpolitik kann mit dieser Theorie schwer vereinbart werden. Trotzdem kann man auch den liberalen Professoren, selbst wenn man ihren Anschauungen den vor dem Alter jener Theorien gebührenden Respekt zollt, den Vorwurf nicht ersparen, daß sie eine programmatische Erklärung über die Aufgaben und das Schicksal der deutschen Wirtschaft unterschrieben, die entscheidende wirtschaftliche Aufgaben übergeht. Von Arbeitslosigkeit, von deren Ursachen und den Mitteln ihrer Beseitigung ist dort die Rede, kein Wort aber von der Rationalisierung und ihren Folgen, von den wirtschaftlichen Monopolen und ihrer Preispolitik, kein Wort von den Hochzinsfällen! Es ist nur natürlich, daß die Großunternehmer, die jene Erklärung verfaßten, über diese Punkte wohlweislich schwiegen. Aber die liberalen Professoren!

Die Rationalisierung hängt gerade wegen ihrer Verbindung mit der Preispolitik der (durch hohe Schußgölle geförderten) Monopole mit der Lohnverhöhung aufs engste zusammen. Die Lohnverhöhung war die Vorbedingung der Rationalisierung, da diese ohne freie Konkurrenz allein durch erhöhte Lohnkosten erzwungen werden konnte. Was sonst die Preisunterstützung der Unternehmer bewirkte, hat in der Monopolwirtschaft allein die Steigerung der Löhne und der Steuern erreichen können. Andererseits folgt aus der im stürmischen Tempo vollzogenen Rationalisierung die Notwendigkeit von Lohnverhöhungen: angesichts der gewaltigen Steigerung der Leistungsfähigkeit der Anlagen und der Annehmlichkeit der Monopolpreise kann ohne Steigerung der Massenkaufkraft der ungestörte Wirtschaftsaufbau nicht gesichert werden. Eine etwaige Erhöhung der Ausfuhr könnte für einen schließenden Handelsabfall keinen Ersatz schaffen, den Leerlauf des Produktionsapparates nicht beseitigen. So ist die Lohnverhöhung und die ihr in vieler Hinsicht gleichgestellte Sozialpolitik nicht nur als sozialer Ausgleich, als Beteiligung der Arbeitnehmer an den Erfolgen der Rationalisierung, weiterhin als Ausgleich für die gesundheitsgefährdenden Wirkungen der Rationalisierung erforderlich — vielmehr ist sie auch wirtschaftlich notwendig, wenn bei stark erhöhter Leistungsfähigkeit und bei Monopolwirtschaft die Ausnützung des Produktionsapparates möglich sein soll. Wir vertreten hier nicht eine unerlöste „Kaufkrafttheorie“, die grenzenlosen Lohnverhöhungen ohne Rücksicht auf die Struktur der Wirtschaft das Wort redet. Im gegenwärtigen Wirtschaftsabschnitt der stürmischen Rationalisierung, die im übrigen noch keineswegs abgeschlossen ist, sind aber Lohnverhöhungen erforderlich.

Die Unternehmer sagen: wie sollen die Arbeitslosen in der Wirtschaft untergebracht werden, wenn die Produktionskosten nicht sinken, wenn nicht neue Kaufkraft entsteht, die die Unterbringung der Freigesetzten ermöglicht? Die Antwort wurde oben bereits angedeutet: allein das Freiwerden von Massenkaufkraft, die eine unmittelbare erweiterte Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen verschaffen der Art zur Folge hat, könnte heute zur Unterbringung der Arbeitslosen verhelfen. Die Preisentwertung wäre das beste Mittel dafür; der steht die Kartellwirtschaft im Wege. Bleibt nur der andre Weg: die Lohnverhöhung, die jedoch infolge des gewaltigen technischen Fortschritts mit einem verminderten Anteil der Lohnkosten an den gesamten Kosten der Produktion verbunden bleiben kann.

Dieses Problem leitet zu unserm Ausgangspunkt zurück: Woher kommt die gewaltige Arbeitslosigkeit? Zum Teil ist sie saisonmäßig bedingt, zum Teil ist sie die Folge der Rationalisierung. Bedenkt man, daß sich die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland seit Anfang 1925 um etwa zwei Millionen erhöht hat, so erscheinen die Schwierigkeiten der Unterbringung der freigesetzten Arbeitskräfte besonders groß. Indessen können saisonmäßiger Ausfall von Beschäftigung und Freisetzung von wegrationalisierten Arbeitskräften den ganzen Umfang der gegenwärtigen gewaltigen Arbeitslosigkeit nicht voll erklären. Es bleibt ein erheblicher Rest von Arbeitslosen, deren Erwerbslosigkeit auf konjunkturellen Rückschlag zurückzuführen ist.

Die Ursache dieses Konjunkturrückfalls läßt sich auf die kurze Formel bringen: Das Kapital ist in den Streit getreten!

Unternehmertum und Bankkapital entziehen ihre Kräfte der Produktion. Trotz Geldflüssigkeit, ermäßigter Zinsfüße und guter Ausichten für Auslandsanleihen wird sowohl die Zinsprügnahme des Kredits wie die Kreditgewährung zurückgehalten. Unternehmungen, die ohne Schwierigkeiten Produktionskredite erhalten könnten, nehmen sie nicht in Anspruch, andre, die atg kapitalbedürftig sind, und ohne neue Kredite am Rand des Zusammenbruchs stehen, ja in vielen Fällen auch zusammenbrechen, erhalten die Kredite nicht. Ein großer Teil der Inlandskapitalien fand den Weg nach dem Ausland. (Kapitalflucht.) Zu diesem Streit des privaten Kapitals kommt noch hinzu, daß es auch noch die öffentliche Wirtschaft zum Feiern zwingt. Es stellt ihre Streitposten an die Pforten der öffentlichen Wirtschaft und hindert diese, den Konjunkturrückfall durch öffentliche Aufträge zu erleichtern.

Die Ursache des Kapitalstreiks ist die Erschütterung des Vertrauens. Doch hat diese Erschütterung nichts zu tun mit einer ungenügenden Rentabilität der deutschen Industrie. Der im Verhältnis zu vielen Ländern höhere Zinsfuß und die größere Steuerlast in Deutschland werden durch die gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit der Industrie mehr als ausgeglichen. Es war die völlig grundlose Angst vor der Inflation, vor einer Verschlechterung der Währung, verbunden mit einer unerwarteten, tiefen Finanz- und Steuerdemagogie, die die Internierungslust untergrub und die Kreditverwertung verschlechterte. Große Teile der mittleren und der kleinen Industrie erhalten dank dieser — durch zahlreiche Zusammenbrüche genährten — Stimmung keine Bankkredite, selbst wenn sie bereit wären, noch so hohe Zinsen zu zahlen, während die kreditfähigen Großunternehmungen die Kredite nicht haben wollen. Der englische Nationalökonom Pigou führt eine solche Verweigerung der Zinsprügnahme von Krediten als „Zerfall des Optimismus“, der bekannte Kredittheoretiker Hawtrej auf „Mangel an Vertrauen“ zurück, als dann eine noch so tiefe Senkung der Zinsfüße die Produktion nicht anregen kann. In diesem Fall — sagt Hawtrej — würden nicht einmal zinslose Kredite helfen, und fügt hinzu, daß eine solche Verweigerung der Kreditnahme nicht möglich ist, ausgenommen „als Reaktion auf Inflationsgerüchte“. Das gerade war in Deutschland der Fall. Die zur Zeit der Pariser Konferenz begonnene weite Agitation führte zu einer Kapitalflucht großen Umfanges, die seit dieser Zeit andauert. Die Finanz- und Steuerdemagogie, vom Reichsbankpräsidenten Schacht unterstützt, wirkte in derselben Richtung. Die soziale Reaktion hat den Bogen derart überspannt, daß nun die ganze Wirtschaft getroffen ist. Das Millionenheer der Arbeitslosen soll daran glauben. Dieses Heer muß zwangsläufig wachsen; die Arbeitslosigkeit wächst sich fort. Die Kaufkraft der Erwerbslosen ist stark gemindert, daher erzeugt die Arbeitslosigkeit fortwährend neue Arbeitslosigkeit. So steht die deutsche Arbeiterklasse mitten drin in einer Welle der Arbeitslosigkeit, die sie nicht im geringsten verhalten hat. Sie ist daher unter keinen Umständen bereit, es auf sich zu nehmen, daß die Vertrauenskrise auf ihrem Rücken behoben werde. Nicht Löhne und soziale Ausgaben sind für die gegenwärtige Lage verantwortlich, ihre Senkung für die Zukunft ist sowohl sozial wie auch wirtschaftlich unerwünscht. Diesen Standpunkt werden wir vertreten, unbekümmert um Erklärungen von Wirtschaftsführern und einseitig eingestellten Professoren. A. S.

### Internationale Sozialpolitik

Mit der Entwicklung der Länder vom Agrarstaat zum Industriestaat, mit der Aufhebung der einengenden Zunftgesetze und dem Entstehen eines freien Lohnarbeiterstandes entwickelten sich auch die Klassengegensätze. Das „freie Spiel der Kräfte“ fand seinen Ausdruck in dem Streben nach billigen Arbeitskräften und überlanger Arbeitszeit, nach Ausbeutung der Frauen und Kinder. Die schrankenlose Ausbeutung führte dazu, daß die Arbeiterklasse körperlich und seelisch völlig herunterkam; die unbeschränkte Frauenarbeit hatte erschreckende Säuglingssterblichkeit im Gefolge, und die maßlose Kinderarbeit führte zu frühem Socktum der Kinder. Bezeichnend für die Einstellung der herrschenden Kreise in Deutschland war, daß erst der Rückgang der Militärtauglichkeit in den Industriegegenden Anlaß zu den ersten schwächlichen Maßnahmen gegen die hemmungslose Ausbeutung gab. Jedoch erst dann, als die Lohnarbeiterklasse mehr und mehr zum Klassenbewußtsein erwachte und ihre Interessenvertretung in der Sozialdemokratie suchte, entschloß sich die deutsche Regierung zu ersten sozialpolitischen Maßnahmen. Nach Eintritt der Koalitionsfreiheit entwickelten sich die Gewerkschaften zu starken Gebilden und wählten sich zu Trägern der sozialen Idee aus. Wirkliche Unterstützung fanden sie damals durch eine Gruppe bürgerlicher Nationalökonomien, die sich später in der Gesellschaft für Soziale Reform zusammenschloßen. Einflüchtigere Unternehmer erkannten ebenfalls sehr bald die Gefahren, die mit der Industrialisierung für die Arbeiterklasse verbunden waren. Insbesondere war es der englische Spinnereibesitzer Robert Owen, der seinen Arbeitern durch Verkürzung der Arbeitszeit zu helfen suchte. Er war es auch, der als erster die Bedeutung internationaler Sozialpolitik erkannte. Als in England ein Kindererziehungsgesetz erlassen werden sollte, wurde dagegen Sturm gelaufen mit dem Einwand, daß es zu Kapitalauswanderungen veranlassen würde, da England mit einem solchen Schutz allein stände. Owen richtete daher im

Jahre 1818 in Denkschriften an die Regierungen der Staaten und an die zu Sachen versammelten Vertreter der „heiligen Alltags“ das Ersuchen, die in seiner Fabrik bestehenden Wohlfahrts-Einrichtungen zu prüfen und ihre allgemeine Durchführung vorzubereiten. Er hatte keinen Erfolg, er fand nicht einmal bei der öffentlichen Meinung Anklang. Im Jahre 1840 nahm der eifrige, aus der Schweiz stammende Fabrikant Daniel Legrand die Ovenschen Gedanken wieder auf, indem er den europäischen Regierungen Reformvorschläge insbesondere zum Kinderschutz unterbreitete.

Durch den Internationalen Kongreß von 1889 zu Paris wurde seitens der Arbeiterschaft ein mächtiger Anstoß zur Propaganda in allen Ländern für den Arbeiterschutz gegeben. Im Jahre 1897 trat der erste große Internationale Arbeiterschutzkongreß in Zürich zusammen, dessen Zustandekommen dem schweizerischen Arbeiterssekretär Hermann Greulich zu danken war. Hier wurde u. a. ein kandiges internationales Arbeiterschutzamt gefordert. Auf dem anläßlich der Pariser Weltausstellung tagenden Arbeiterschutzkongreß gelang es, die Internationale Vereinigung für geschlechtlichen Arbeiterschutz zu gründen, die sich ein internationales Arbeitsamt schuf. Dieses Amt ist als Vorläufer des jetzigen Internationalen Arbeitsamts in Genf anzupprechen. Dem Wirken dieses Amtes ist es insbesondere zu danken, daß im Jahre 1906 in Bern die erste diplomatische Arbeiterschutzkonferenz stattfand, auf der zwei Abkommen über die Nachtarbeit der Frauen und über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der Zündholzherstellung beschloßen wurden.

Während des Krieges waren die Gewerkschaften nicht nur für den Abschluß eines baldigen Friedens, sondern auch für den Abschluß internationaler Arbeiterschutzverträge als Ergänzung des Friedensvertrages tätig. Nacheinander wurden auf den Konferenzen in Leoben 1916 und Bern 1917 und 1919 internationale Arbeiterschutzprogramme aufgestellt. Der Friedensvertrag selbst hat dann die Idee des internationalen Arbeiterschutzes weitgehend begünstigt und eine internationale Organisation der Arbeit vorgeesehen mit einem Internationalen Arbeitsamt an der Spitze. Im 50. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ über das Abkommen von Washington gaben Dr. Joachim Hoscher und Dr. Herbert Rhode eine interessante geschichtliche Darstellung der Entwicklung des internationalen Arbeiterschutzes. Wir entnehmen dieser Schrift hinsichtlich der Sagung der internationalen Arbeitsorganisationen im wesentlichen das Folgende. In der Einleitung der Sagung heißt es: Der Völkerbund hat den Weltfrieden zum Ziel. Ein solcher Friede kann nur auf gerechter sozialer Ordnung aufgebaut werden. Nun bestehen aber Arbeitsbedingungen, die für eine große Anzahl von Menschen mit so viel Ungerechtigkeiten, Elend und Entbehrungen verbunden sind, daß eine Unzufriedenheit entsteht, die den Weltfrieden und die Weltarbeit gefährdet. Eine Verbesserung dieser Bedingungen ist dringend erforderlich, z. B. durch folgende Maßnahmen: Regelung der Arbeitszeit einschließlich Festsetzung einer Sahstauer des Arbeitstages und der Arbeitswoche, Regelung des Arbeitsmarktes, Verfürgung der Arbeitslosigkeit, Gewährleistung eines zur Befreiung des Lebensunterhalts angemessenen Lohnes, Schutz der Arbeitnehmer gegen allgemeine und Berufskrankheiten sowie gegen Betriebsunfälle, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, Vorzorge für Alter und Invalidität, Schutz der Interessen der im Auslande beschäftigten Arbeitnehmer, Anerkennung des Grundgesetzes der Vereinigungsfreiheit, Regelung des beruflichen und technischen Unterrichts und ähnliche Maßnahmen. Auch würde die Nachstehende Wirkung menschewürdiger Arbeitsbedingungen durch ein Volk die Bemühungen anderer Völker und Verbesserung des Loses der Arbeitnehmer in ihren Ländern hemmen. Aus allen diesen Gründen haben die hohen vertragsschließenden Teile, geleitet sowohl von dem Gefühle der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, wie auch von dem Wunsch, einen dauernden Weltfrieden zu sichern, folgendes vereinbart:

Die Mitgliedsfähigkeit zum Völkerbund haben grundsätzlich alle Staaten, Dominien oder Kolonien mit voller Selbstverwaltung. Die Mitgliedschaft zum Völkerbund und damit grundsätzlich zur Internationalen Arbeitsorganisation erlischt nach zweijähriger Kündigung. Zur Zeit gehören der Organisation 55 Staaten an. Es fehlen u. a. noch die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Rußland und die Türkei.

Als Organe des Verbandes sind vorgeesehen: 1. eine Hauptversammlung von Vertretern der Mitgliedsstaaten (Internationale Arbeitskonferenz) und 2. ein Internationales Arbeitsamt, das unter Leitung eines Verwaltungsrats steht. Die Internationale Arbeitskonferenz hält jährlich mindestens einmal ihre Tagungen ab. Sie setzt sich zusammen aus je vier Vertretern eines jeden Mitgliedsstaates. Von diesen sind zwei Regierungsvertreter, von den zwei andern vertritt je einer die Arbeitgeber und je einer die Arbeitnehmer eines jeden Mitgliedsstaates. Jedem dieser vier stimmführenden Vertreter können zwei technische Ratgeber für jeden Tagungsordnungspunkt beigegeben werden. Die stimmführenden Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie deren technische Ratgeber müssen von den Regierungen, die die Abordnungen entsenden, im Einverständnis mit den maßgebenden beiderseitigen Berufsverbänden des betreffenden Landes ernannt werden.

Der Verwaltungsrat besteht aus 12 Vertretern der Regierungen, sechs Unternehmer- und sechs Arbeitnehmervertretern. An der Spitze des Arbeitsamts steht ein vom Verwaltungsrat ernannter Direktor. Die Tätigkeit des

Arbeitsamts umfaßt die Sammlung und Weiterleitung von Mitteilungen über alle Gegenstände, die sich auf die internationale Regelung der Lage der Arbeiter und der Arbeitsverhältnisse beziehen sowie besonders die Bearbeitung der Fragen, die auf der Konferenz zum Zweck des Abschlußes internationaler Abereinkommen behandelt werden sollen und die Durchführung aller besonderen von der Konferenz angeordneten Untersuchungen. Daneben hat es die Tagesordnungen der Konferenzen vorzubereiten und eine Zeitschrift für die Probleme der Wirtschaft und Arbeit, die von internationalem Interesse sind, herauszugeben.

Die Arbeitskonferenz selbst kann ihre Beschlüsse in Entwürfe zu Abereinkommen oder Empfehlungen fassen. Zu beiden Beschlußarten ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Beschlüsse sind nur nicht ohne weiteres bindend für die Mitgliedsstaaten. Sie sind nur verpflichtet, die Beschlüsse längstens innerhalb 18 Monate nach Schluß der Tagung ihren gesetzgebenden Körperparlamenten vorzulegen zum Zweck der Verwirklichung oder anderer Maßnahmen. Hat eine Empfehlung keine gesetzgeberische oder andere Maßnahme zur Folge, die ihr Wirkung verschaffen, oder findet ein Entwurf zu einem Abereinkommen nicht die Zustimmung der dafür zuständigen Stelle, so hat der Mitgliedsstaat keine weitere Verpflichtung. Findet ein Abereinkommen Annahme, so ist es förmlich zu ratifizieren und dies dem Volkerbundsekretar mitzuteilen. Um der völkerrechtlichen Verpflichtung zur Durchführung ratifizierter Abereinkommen einen gewissen Nachdruck zu verleihen, ist ein Beschwerde- und Klageerß vorgesehen. Man unterscheidet dabei die Beschwerde von Berufsverbänden der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer und die Klage eines Mitgliedsstaates gegen einen andern. Im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 36, Jahrgang 1929, veröffentlicht Oberregierungsrat Donau vom Internationalen Arbeitsamt aufschlußreiches Material über die Ergebnisse der einzelnen Arbeitskonferenzen. Danach haben bisher zwölf verschiedene Tagungen stattgefunden, auf der 28 Abereinkommen angenommen wurden. Diese 28 Abereinkommen bilden mit dem Abereinkommen der Berner Konferenz von 1906 über das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in der Zündholzfabrikation die bisherige Grundlage des internationalen Arbeiterschutzes. Es sind auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes insgesamt 16 verschiedene Abereinkommen vorhanden, die sich wiederum untergliedern in acht Abereinkommen, die den Sondererschutz für Frauen, Jugendliche und Kinder betreffen, in vier Abereinkommen, die dem Betriebsschutz zugehören, drei Abereinkommen des Arbeitszeitgesetzes und einem Abereinkommen des Lohngesetzes. Auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts sind bisher sechs verschiedene Abereinkommen geschlossen worden. Davon entfallen vier auf das Unfallversicherungsrecht und zwei auf das Krankenversicherungsrecht. In der Gruppe des Arbeitsvertragsrechts sind fünf Abereinkommen vorhanden; drei betreffen den Arbeitsvertrag und zwei die Arbeitsbeschaffung (Arbeitsvermittlung). In der Gruppe des Arbeitsverfassungsrechts besteht bisher nur ein Abereinkommen, nämlich das über das Koalitionsrecht der Landarbeiter. Schließlich ist noch ein letztes Abereinkommen anzuführen, und zwar das über die Vereinfachung der Aufsicht über Auswanderer an Bord.

Die höchste Zahl von Ratifikationen, nämlich 24, hat das Abereinkommen über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter bei der Entschädigung von Betriebsunfällen gefunden. Es folgen dann die Abereinkommen über Arbeitslosigkeit mit 23 Ratifikationen, Mindestzulassungsalter zur Arbeit auf See 22, Verbot der Nachtarbeit von Jugendlichen 21, Mindestzulassungsalter für Kohlenzieher und Heizer 21, ärztlicher Untersuchungszwang zur Arbeit auf See 21, Verbot der Frauenarbeit 19, Koalitionsrecht der Landarbeiter 19, Mindestzulassungsalter zur Arbeit im Gewerbe 18, Verbot der Verwendung von Bleiweiß 18, wöchentlicher Ruhetag 17, Stellenvermittlung für Seeleute 16, Entschädigung von Berufskrankheiten 16, Abspandtag 14, Entschädigung für Arbeitslosigkeit bei Schiffbruch 13, Mindestzulassungsalter zur Arbeit in der Landwirtschaft 12, Entschädigung von Betriebsunfällen in der Landwirtschaft 12, Muttertag 11, Entschädigung von Betriebsunfällen im Gewerbe 10, Aufsicht über Auswanderer an Bord 9, Feuervertrag 6, Krankenversicherung im Gewerbe, Handel und Hauswirtschaft 6, Heiminschaffung der Seeleute 5, Krankenversicherung in der Landwirtschaft 4, Nachtarbeit in Bäckereien 3, Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen 2.

Die höchste Zahl von Ratifikationen in Europa hat Luxemburg mit 26 vollzogen, Portugal mit fünf die geringste. Frankreich und Großbritannien haben je 15 Ratifikationen aufzuweisen. Von den außereuropäischen Staaten hat Australien nur eine, Kanada 4, Chile 8, Japan 9, Indien 11, Rußland 10 Ratifikationen vorgenommen.

Deutschland ist mit 13 Ratifikationen beteiligt. Vier, und zwar diejenigen der Abereinkommen über Arbeitslosigkeit, Stellenvermittlung der Seeleute, Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und Entschädigung der Landarbeiter bei Betriebsunfällen, erfolgten im Juni 1925. Das Abereinkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft wurde im Oktober 1927 ratifiziert. Im Jahre 1928 erfolgte die Ratifizierung der beiden Krankenversicherungsabereinkommen; im September 1928 diejenigen der Abereinkommen über Berufskrankheiten und die Gleichberechtigung einheimischer und ausländischer Arbeiter bei der Entschädigung von Betriebsunfällen. Im März 1929 wurde das Abereinkommen über Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen und im Juni 1929 wurden die Abereinkommen über das Mindestalter zur Beschäftigung für Trimmer und

Heizer, über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen und über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit auf See ratifiziert. Weitere Ratifikationen sind von Seiten der Reichsregierung in Vorbereitung. Davon liegen ein Ratifikationsgesetz für ein Abereinkommen dem Reichstag und Entwürfe für die Ratifikation von sieben weiteren Abereinkommen dem Reichstag vor.

Zu den 302 Ratifikationen von Abereinkommen der Arbeitskonferenzen (Stand vom September 1929) sind noch die 28 Ratifikationen des Berner Abereinkommens von 1906 zu zählen. Insgesamt liegen demnach 330 Ratifikationen internationaler arbeitsrechtlicher Abereinkommen vor.

Die Durchführung des von den internationalen Arbeitskonferenzen vorgeschlagenen sozialpolitischen Maßnahmen geht zweifellos nicht so rasch vor sich, wie man wohl anfangs angenommen hat. Die Zerrüttung der Weltwirtschaft spielt hierbei eine nicht unwichtige Rolle. Besonders bedauerlich ist, daß das Abereinkommen über den Abspandtag von wichtigen Industrieländern immer noch nicht ratifiziert ist. Immerhin ist das Ergebnis der bisherigen Tätigkeit der Arbeitsorganisation unter Berücksichtigung des sehr umständlichen Verfahrens, der wirtschaftlichen und politischen Hemmnisse durchaus beachtlich. Die Arbeitnehmerschaft ist sich der außerordentlichen Wichtigkeit der internationalen Regelung des Arbeiterschutzes bewußt und tut ihrerseits alles, um das Tempo der Durchführung zu beschleunigen. In vollem Umfange wird die Internationalisierung des Arbeiterschutzes erst gelingen, wenn die öffentliche Meinung in allen Ländern für die zwingende Notwendigkeit dieses Weges gewonnen wird.

### 50 Jahre Ortsverein Neuruppin

Wenn nun auch diese Rubriken in den Spalten unseres „Rorr.“ gar nicht mehr etwas Seltenes sind, so hat doch unser abseits gelegener Ort in dieser Beziehung seine besondere Geschichte. Was wir am 22. Februar gefeiert haben, war in Wirklichkeit die Wiederbegründung des hiesigen Ortsvereins am 21. Januar 1880.

Genau läßt sich die Gründung unseres ersten Ortsvereins nicht mehr feststellen, aber schon im Jahre 1857 war Neuruppin Borort für den Gau „Mark Brandenburg“. Der geringen Gehirnszahl wegen wechselte dieser Gau oft seinen Borort. 1868 war Frankfurt a. d. O. an der Reihe und noch im Herbst desselben Jahres Sorau, 1873 wieder Neuruppin, und so blieb es bis zur Verheimung des Gaus mit dem Gau Pommeren im Jahre 1876 zum „Obergau“. Der schweren Kämpfen der damaligen Zeit ist unser Ortsverein noch im selben Jahre leider zum Opfer gefallen, sonst hätten wir zum mindesten sein 63. Stiftungsfest begehen können, nach einer Pause von vier Jahren, während deren die wenigen hiesigen Mitglieder dem Bezirk Prenzlau zugezeilt waren, hatte sich wieder ein Häuflein zusammengefunden, gerade ausreichend, um zur Wiederbegründung eines Ortsvereins schreiten zu können. An Arbeit fehlte es nicht. Von all den Konflikten, die damals eine fast ständige Erscheinung waren, blieb auch Neuruppin nicht verschont. Im Jahre 1881 wurde Neuruppin auch wieder Bezirksvorort und ist es geblieben bis auf den heutigen Tag.

Nun zur Feier selbst. In Anbetracht unserer bescheidenen Mittel mußte der Verein sich Beschränkung auferlegen. Aber eine Festschrift, wie das so hießlich, war ebenfalls vorgesehen und wurde am Festabend verteilt. Die Festschmanngen, die unermüdlich und wochenlang daran wie auch an den übrigen Festdrucksachen tätig waren, verdienen sich volle Anerkennung.

Viele ehemals hier tätige und sonstige befreundete Kollegen aus Berlin und andern Orten waren unserer Einladung gefolgt, und die das nicht konnten, erwiehen ihre Aufmerksamkeit durch Ubersendung herzlicher Wünsche. Besonders herorgehoben sei die Anwesenheit zweier Veteranen, die bei der Wiederbegründung 1880 mitgewirkt haben: unser Kollege Otto Nitke (Neuruppin) und O. Krüger (Berlin). Vom Verbandsvorstand war Kollege Helmoltz erschienen, während unser Gauvorstand eine Vertretung leider nicht ermöglichen konnte, seine übermittelten Glückwünsche aber durch eine Geldspende wirksam unterstüzte. Ferner konnten wir Kollegen Georg Löblich vom „Rorr.“ begrüßen, der hier vor langen Jahren konstituiert hatte.

Einige gut vorgetragene Konzertstücke des Stadtmusikers eröffneten den Abend im überfüllten Saale des „Strandgartens“. Dann sang unser Gesangverein „Gutenberg“ unter der Leitung seines Chormeisters Wefenberg die Schweidert-„Kraftliche“, Festschymne in so vorzüglicher Weise, wie niemand von dem kleinen Chor erwartet hatte.

Nach einem Vorpuß und der Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden Wilhelm Reinhardt hielt Kollege Helmoltz seine mit Spannung erwartete Festrede. Eine andächtige Gemeinde lauschte dem inhaltreichen Vortrag und sah die Geschichtnisse aus vergangenen Zeiten im Geiste an sich vorüberziehen, sah das Ringen der Buchdrucker um ein besseres Dasein, sah sie in all ihren Mühen und Drangsalen, und so mancher unter den Zuhörern, die sich aus den verschiedensten Kreisen zusammenschloßen, häufig vielleicht auch verständnislos der Gewerkschaftsbewegung gegenüberstanden, wird eine andre Auffassung über die gewerkschaftliche Kulturarbeit mit heimgenommen haben. Für uns alle aber war es ein Genuß, einen Redner zu hören, wie ihn die Gelegenheit selten bietet. Das Bewies auch der stürmische Beifall am Schluß des Vortrages.

Zum harmonischen Abschluß ließ der Gesangsverein „Gutenberg“ die gedämpfte Weise des uralten Liedes „Eintracht und Liebe“ erklingen, was ebenfalls durch starken Beifall gefolgt wurde.

Hierauf brachte der Vertreter des Magistrats, Stadtrat Müllner, seine Glückwünsche zum Ausdruck, desgleichen Kollege Klein für die ehemaligen Ruppiner in Berlin unter Überreichung einer geschmackvoll ausgeführten Glückwunschkarte, Kollege Natás für den Bezirk Potsdam, Kollege Jung für die Kollegen von Wittenberge, Trebe für den Gesangsverein „Gutenberg“, zugleich ein Werk über das Arbeitsrecht als Festgabe überreichend, Kollege Hinz für den Bildungsverband, ebenfalls in Verbindung mit einer Schenkung, einem Bildnis unseres verstorbenen Verbandsvorsitzenden Joseph Seif. Außerdem waren Glückwunschkarten und Telegramme eingelaufen von Brandenburg, Kolberg, Mendamin, Stargard, Stettin, Kolbus, Rathenow, Perleberg, Zehdenitz, auch von dem früheren Gauvorsteher Hannad und Kollegen Bogler (Stadtrat in Braunschweig). Den Abschluß des ersten Teiles bildete die Hymne „O Geist der Töne“, vorgelesen von dem Gesangsverein „Gutenberg“ und ebenfalls sehr beifällig aufgenommen.

Der zweite Teil begann mit einigen Klopffonoli, die den Übergang bildeten zum zweiten Teil, und der nachfolgende Männerchor mit Orchester „Wiener Blut“ brachte diese Entwicklung besonders zum Ausdruck. Und immer schneller ging es in dieser Richtung, als einige heitere Vorträge folgten, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Nach dem Potpourri „Im Krug zum grünen Kranz“ wurde etwas derbere Kost geboten in einem humoristischen Gemaltspiel. Alle diese Darbietungen fanden lebhafteste Anerkennung, und unsere jungen Kollegen zeigten sich unter der Leitung des Kollegen Häblich durchweg als hervorragende Bühnenkünstler. Erst gegen 1 Uhr trat der Tanz seine Herrschaft an und beherrschte das Feld bis zum Morgengrauen.

Alles in allem kann wohl gesagt werden, daß der Verlauf des Festes alle Erwartungen übertraffen hat und alle, die zu dem guten Verlauf ihr Teil beitrugen, können des Dankes des Jubilars versichert sein. Ganz besonders aber auch bei den beiden Firmen E. Buchbinder und Gustav Kühn für die unentgeltliche Herstellung der recht umfangreichen und geschmackvollen Druckfachen unser Dank ausgesprochen. Ad am Vauer.

### Korrespondenzen

Berlin. (Notations- und Tiefdrucker.) Unsere Versammlung am 9. Februar erfüllte erst eine Pflichtpflicht für einen neuzugewählten Kollegen. Die Arbeitslosenstatistik zeigte wieder ein Anwachsen der Ziffern, sind doch zu den bisherigen 604 Kollegen noch 108 hinzugekommen, so daß wir ein Prozentprozentigen Arbeitslosigkeit, gesprochen werden kann. Dann berichtete Kollege Krug über verschiedene Differenzen in hiesigen Betrieben. In zwei Fällen gelang es, diese zugunsten unserer Kollegenchaft zu beheben. Anders in einem dritten Fall, wo sechs Kollegen eine Verweigerung der Überstunden mit kritischer Entlassung hießen mußten. Das Arbeitsgericht gab der Firma recht, und zwar auf Grund eines vor längerer Zeit ausgetretenen Genehmigungsurteils für Überstunden. Eine verteilte Taktik der betroffenen Kollegen sorgte noch für das übrige. Weiter beschämend aber ist die Tatsache der Lohnrückstände, die die Neueinstellungen zeitigten. Ein weiterer Vorfall, jedoch auf ganz neuem Gebiet, erregte die Gemüter im besondern. Anlaß dazu gab ein gefoltes Lohnbuch aus einer größeren Firma, das einem Mitglied unserer Sparte gehörte. Aber den Zweck dieses Gefoltes taugten allerlei Vermutungen auf. Ein Vortrag des Kollegen Wenzel an d.: „Die Auswirkungen der Nationalisierung und die Tarifverhandlungen“, löste größte Begeisterung aus. Er schilderte die ersten Anfänge der Nationalisierung. Die vorgezeigten Belege in Form von vierfarbigen schweren Drucken, selbst im allergrößten Format, legten überraschendes Zeugnis dafür ab, was schon erreicht und was noch zu erwarten ist. Die kompliziertesten Drude und doppelte Leistungen werden heute an modernen Maschinen herorgebracht, bei Erparung fast sämtlicher Hilfskräfte. Erreicht wird dieses durch gute Abstimmen von Farbe, Papier und Walzen. Amerikanische Maschinen (Zweifarben und Zweifarben) drucken vom Stapel mit 18 000 Bogen entweder mit Heiztrocknung oder mit dem noch neueren Paraffinapparat, so daß Einschießen nicht mehr nötig ist und beim Frangen auch wieder gestapelt werden kann. Englische Maschinen, bisher aber nur kleineres Format, leisten bei farbigen Drucken und guten Pappern 3200 Druck die Stunde. Den Vogel aber sollen nach den Ausführungen des Referenten amerikanische Schnellläufer abschließen mit 5000 Druck die Stunde. Deren „Gegen“ dürften wir alsbald auch bei uns vermissen. Neuartige Unterzüge, passend für jede Maschine, erübrigen das Schußbauen und geben der ganzen Druckform Festigkeit. Einzig und allein das Justizprüfverfahren löst noch keine Befriedigung für Erzeugung guter Drucke aus. Verschleißstoffe, wie elektrisches Papier, Nuppen oder dergleichen, gelten im modernen Betrieb heute nichts mehr. Für alles gibt es Abhilfe und Maschinen. Was für den Maschinenbau, gilt auch für die Maschinenfertiger, Gießerei und Buchbinderei. Überall Verbesserungen und Steigerung der Leistungen durch die bestbrüchteste Maschine. Selbst in den chemographischen Anstalten werden amerikanische Maschinen beim Ätzen verwendet, die die Belegchaft um die Hälfte desamieren. Das ist eben das traurige Kapitel der Nationalisierungsbestrebungen, daß sie darauf hinauslaufen, den Menschen auszuwachen, anstatt durch erhöhte und verbilligende Produktion größeren Umsatz zu erzielen. Man sucht bei gleichen Preisen hohe Saniemen herauszuwirtschaften, zum Schaden des Arbeiters, aber auch zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft. Hier gibt es den Hebel anzufassen zur Lösung des Problems. Nicht nur zum

Nutzen der Unternehmer soll rationalisiert werden, sondern auch zum Nutzen der Arbeiterschaft, der sowieso schon alle Lasten aufgebürdet sind. Nach Dankesworten des Kollegen Krug an den Referenten, der allgemeinen Beifall erntete, gab Kollege Wenzel an d. Antwort auf Anfragen über etwaige Gesundheitsförderungen des Paraffinverfahrens. Es sollen natürlich Untersuchungen stattfinden, wenn auch bis jetzt Gefahren für die Gesundheit noch nicht zutage getreten sind. Daß auch über dem „großen Teich“ an uns gedacht wird, bewies ein Schreiben aus Argentinien, wo sich ein Kollege aus unserer Mitte befindet, der sogar Zeit fand, einen Briefkopf für unsere Sparte zu entwerfen. Ein Beweis, daß sein Interesse für uns nachgeblieben ist.

Berufsal i. B. Einen guten Besuch hatte unsere Generalversammlung am 11. Februar aufzuweisen. Nach einem gut zu Gehör gebrachten Lied der Gesangsabteilung gab Vorsitzender Braun den Geschäftsbericht, aus dem zu ersehen war, daß auch bei uns im verflochtenen Jahr gute Gewerkschaftsarbeit geleistet worden ist. Leider trat auch hier im letzten Jahr eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein. Kassierer Sotter gab den Kassenbericht, der ein befriedigendes Bild bot. Hieran schloß sich der Bericht des Belegungsleiters und Bibliothekars sowie das Verlesen der Jahrespräsenzliste. Der Punkt „Neuwahlen“ fand rasche Erledigung. Einstimmig wurde der Gesamtvorstand wiedergewählt. Eine lebhafteste Debatte löste der Punkt „Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags“ aus. Der Vorschlag, die Erhöhung bis zum nächsten Quartal zu verschieben, wurde angenommen. Des weiteren fanden noch einige interne Angelegenheiten Erledigung.

Burgstädt. Zu unserer Versammlung am 22. Februar waren auch die Kollegenfrauen mit eingeladen, und so war erfreulicherweise ein guter Besuch zu verzeichnen. Nachdem im ersten Teil die Manteltarifverhandlungen Besprechung gefunden, hielt im zweiten Abschnitt unser Vorsitzender Reinhardt einen äußerst lehrreichen Vortrag über „Die Grundlagen der praktischen Menschenerkenntnis“. Auf Grund seines langjährigen praktischen und theoretischen Studiums dieser Wissenschaft gestaltete sich der Abend zu einem Erlebnis, und die wissenschaftliche Erörterung dieses Themas dürfte allgemein zum Erkennen mancher Dinge mit beitragen, die außerhalb der Tagesfragen liegen. — Im Anschluß an die offizielle Versammlung fand noch ein Stündchen geselliges Beisammensein statt.

Gienach. (Maschinenf. u. s. w.) Am 9. Februar fand unsere Hauptversammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufwies. Der vom Vorsitzenden verlesene Geschäftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr lautete günstig. Die Versammlungen waren stets gut besucht, und mit regem Interesse wurden alle uns Maschinenf. u. s. w. betreffenden Fragen behandelt. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Ferner wurden die notwendigen Erklärungen zum Vorstand der Gauvereiniung vorgenommen. Als stellvertretender Vorsitzender wurde der Vorsitzende der Ortsvereiniung, Kollege Heinrich Weingart, als Beisitzer die Kollegen Walter Schneider, Oskar Weisinger und Emil Funtke gewählt; letztere sind zugleich Mitglieder der städtischen Berechnungskommission für den Wahl.

Gienach. (Maschinenf. u. s. w.) Am 22. Februar erledigte die Tagesordnung, bis auf eine peinliche Ausschlußangelegenheiten, in ziemlich glatter Weise. Nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge wurde das Resultat der Wahl zum Vorstand bekanntgegeben. Nach dem Beschließen der letzten Versammlung war von dem Modus der Wahlen abgesehen und die Kandidaten sind einzeln zur Wahl gestellt worden. Jedoch brachte die Wahl keine nennenswerte Änderung in der Zusammensetzung des bisherigen Vorstandes. Zum Jahresbericht übergehend, konnte sich Vorsitzender Böning auf einige Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Bericht beschränken. Aus diesem war zu entnehmen, daß das ganze Jahr hindurch durchschnittlich jeden Monat 55 Gefässen arbeitslos waren. Dieser Umstand wirkte natürlich auf die Kassenverhältnisse nicht gerade günstig. Die Fortbildungsbestrebungen wurden in jeder Beziehung weitestgehend unterstützt. Der Mitgliederstand stieg von 781 auf 785. Die letzte Statistik ergab, daß noch rund 80 Kleinbetriebe vorhanden sind, über die irgendwelche Angaben nicht zu erlangen waren. Kollege Böning wies dann noch auf die Notwendigkeit hin, in allen Betrieben, in denen die Voraussetzungen gegeben sind, arbeitsfähige Betriebsvertretungen zu schaffen, zugleich betonend, daß diese aber von den Belegschaften aus auszuwählen unterstützt werden müßten, wenn sie arbeitsfähig sein sollen. Innere Differenzen und Neibereien müssen unter allen Umständen vermieden werden. Der Jahresbericht gab zu Einwendungen keinen Anlaß und dem Kassierer, Kollegen Harms, wurde für seine gute Kassenführung einstimmig Entlassung erteilt. Die Zuwendungen an die Sparten usw. wurden in der bisherigen Höhe wieder bewilligt, wobei noch einigen Anträgen des Vorstandes ebenfalls Zustimmung erteilt wurde. Leider mußten dann einige hartnäckige Gewohnheitsbestanden zum Ausschluß gestellt werden. Ein weiterer Ausschlußantrag rief eine längere, nicht gerade erquickliche Debatte hervor. Der Antrag wurde angenommen. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Gauvorstand. Sodann teilte der Vorsitzende noch mit, daß der Vorstand gezwungen gewesen sei, einen Kollegen wegen Teilnahme an dem gegenwärtigen revolutionären Gewerkschaftskongress zur Verantwortung zu ziehen. Der Kollege betritt die Teilnahme und gab nur zu, an der Betriebsratskonferenz der Bewag-Betriebe teilgenommen zu haben. Beide Tagungen lagen — einen Tag auseinander. Da das Beweismaterial nicht ausreichte, war wurde ein Ausschlußantrag nicht gestellt. Der Vorstand konnte jedoch an Hand dieses Falles nachweisen, daß revolutionäre Reden zwar billig, das Einstehen für diese Reden aber auch Überzeugungsstreue verlange, die man bei diesem Kollegen jedoch vergeblich gesucht habe. Den auscheidenden Vorstandsmittgliedern Becker, Engler, Müllner und Wessertz hatte der Vorsitzende schon unter Jahresbericht für ihre langjährige Mitarbeit Dank und Anerkennung ausgesprochen, und er bat die Beisammelnden, den Vorstand auch im kommenden Jahre tatkräftig zu unterstützen.

Ein. Um Unfälle möglichst vorzubeugen, hatte unser Ortsverein die Kollegen der Nachbarorte sowie die übrige daran interessierte Arbeiterschaft am 23. Februar zu einer Filmvorführung ins hiesige Lichtspielhaus eingeladen. Die Filme (Der Kampf mit dem Unfallteufel — Erste Hilfe bei Unfällen) hatte uns die Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft in Leipzig kostenlos zur Verfügung gestellt. Kollege Kersch (Samburg) hielt bei dieser Gelegenheit einen Vortrag: „Streikfischer durch den Jahresbericht der Section X“, der beifällig aufgenommen wurde. Der Besuch war gut.

Gulda. Am 1. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Vorsitzender Silkenbrand begrüßte die anwesenden Kollegen und wies zunächst auf die Manteltarifverhandlungen hin. Auch das Berufsausbildungsgeheh fand entsprechende Erörterung. Anschließend folgte der Jahresbericht, dem zu entnehmen war, daß auch in Gulda die Beschäftigung mäßig war und laufend einige Arbeitslose zu verzeichnen waren. Die hiesige Zählstelle für durchreisende Buchdrucker war sehr stark in Anspruch genommen. Als neues Glied innerhalb unserer Organisation ist die hiesige Handfegervereiniung zu nennen, deren Gründung im vorigen Herbst erfolgte. Alle Handfegerkollegen traten fast ausnahmslos der Sparte bei. Vom Schriftführer wurde hierauf die Besucherstatistik bekanntgegeben, die vielleicht manchen jungen Kollegen zum Nachdenken mahnt. Kollege Lohfink erstattete dann den Kassenbericht, der als befriedigend zu bezeichnen ist. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der jetzigen Kollegen auf ein weiteres Jahr. Eine Eignungsprüfung hielt vor kurzem der Sachauschuss in Hersfeld ab, zu der sich zehn Lehrlinge gemeldet hatten, eine Zahl, die gegenüber dem Vorjahr abgenommen hat. Lehrlingsleiter O. Schneider sprach über die Lehrlingsfrage im einzelnen und befürwortete die strikteste Durchführung der Lehrlingskata. Unter „Verschiedenem“ wurden noch lokale Angelegenheiten erledigt. Die Bibliothek, die einen größeren Zuwachs aufzuweisen hat, wurde allen Kollegen empfohlen. — Am 26. Januar beging unser Ortsverein „Typographia“ sein 31. Stiftungsfest, das in allen seinen Teilen einen prächtigen Verlauf nahm. Erwähnt möge noch werden, daß das „Gutenberg-Quartett“ mit seinen 24 Sängern unter Leitung des Kollegen H. H. P. hervorragenden Anteil an dem guten Gelingen des Festes hatte.

Göttingen. (Drucker.) Am 16. Februar veranstalteten wir einen Lichtbildervortrag. Herr Werbeleiter Schmidt von der Farbenfabrik G. Hoffmann-Steinberg G. m. b. H. (Celle) hielt uns einen sehr interessanten Vortrag über: „Die Herstellung unserer Druckfarben und deren Verwendung in der Praxis“. Die Lichtbilder gewährten einen Einblick in die Größe der Fabrik, wozu der Referent die nötigen Erklärungen gab. Anwesend waren 60 Kollegen, die dem Vortrag mit großem Interesse folgten. Der Farbenfabrik Hoffmann-Steinberg, besonders Herrn Schmidt sowie Herrn Dampf, besten Dank für die Veranstaltung. — Im Anschluß daran fand noch ein gemütliches Beisammensein statt, bei welchem neben praktischen Anregungen auch der Humor zu seinem Rechte kam.

E. Hagen i. B. Am 9. Februar hier abgehaltene Bezirksjahresversammlung erfreute sich eines ganz außerordentlich starken Besuches. 15 Druckere waren mit insgesamt 20 Kollegen vertreten, außerdem hatten sich noch 12 Damen als Gäste und ein Durchreisender eingefunden. Der Videscheider Kollegengesangsverein „Typographia“ entsetzte mit einem gut zu Gehör gebrachten Lied reichen Beifall. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Beisammelnden den Anwesenden des plüßlich verstorbenen Kollegen Gustav Olfensteyn (Hagen). Vorsitzender Rantrop brachte zum Ausdruck, daß der Verstorbene allezeit bereit gewesen sei, an Organisationswert mitzuarbeiten, daß er ein pünktlicher und treuer Versammlungsbesucher, ferner auch für Bildungsverband und Handfegerparie ein allzeit tätiger und rühmiger Kollege war. Das recht umfangreiche Protokoll der letzten vorjährigen Bezirksversammlung fand Beifall und wurde ohne Einwände genehmigt. Singsweisen wurde u. a. darauf, daß es jetzt gerade die rechte Zeit sei, eventuelle Anträge auf Steuererleichterung bei den zuständigen Finanzämtern zu stellen, besonders aber wurde auch noch auf die rechtzeitige Vornahme der Betriebsratswahlen und auf deren große Wichtigkeit für die Arbeitnehmerschaft aufmerksam gemacht. Durchreisende und anwesende Arbeitslose erhielten auch heute wieder für den Besuch der Versammlung 3 M. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Einstimmig erfolgte die Entlassung des Kassierers, des Kollegen August Steinmann. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Er bezeichnete 1929 als ein Krisenjahr, als eine Epoche im Wirtschaftsleben, deren ganze Auswirkung heute noch nicht übersehbar sei. Das gigantische Steigen der Arbeitslosenziffer, sogar zu Jahreszeiten, in welchen sonst Hochkonjunktur im Buchdruckgewerbe zu herrschen pflegte, habe die Organisationsleistung auch zu besonderen Maßnahmen veranlaßt. Die von den Prinzipalen vorgenommenen schärfste Ausnutzung der Lehrlingskata und der Beschluß des Deutschen Buchdrucker-Bereichs 100 M. demjenigen auszuverleihen, der nicht die volle Zahl von Lehrlingen hatte, habe sich für die ausgetretenen Lehrlinge, für deren Eltern und ganz besonders für die Gesamtkollegenchaft fast katastrophal ausgewirkt, da doch ein ganz großer Teil der zu Ostern Ausgetretenen direkt auf die Straße slog und mit den Hauptteilen der hohen Arbeitslosenziffer ausmacht. Der Mitgliederstand war im Anfang des Jahres im Bezirk 460 und am Ende des Jahres 497, im vierten Quartal hatten wir 89 Arbeitslose, davon 41 Ausgetretene, und 70 Kranke, davon sieben Ausgetretene. Die Sparten entwickelten im Bezirk eine erfreuliche Tätigkeit, nur vermochte trotz angestrebter Arbeit die Handfegerparie sich noch nicht wieder zu rechter Geltung emporzuarbeiten, dagegen haben aber Lehrlingsabteilung, Büchergilde Gutenberg und Bildungsverband ihre Aufgaben glänzend gelöst. Mit dem Dank an alle, die mitgeschritten im vergangenen Jahr, und mit dem Wunsch für die Zukunft, stets geschlossenen Mann für Mann und einer für alle zu stehen, schloß der Vorsitzende seinen Bericht, wofür er reichen Beifall fand. Der am Vorort bereits wiedergewählte Vorstand wurde ein-



